

Pressemitteilung: Bevormundung der Eltern

Obgleich die Erziehungsfreiheit der Eltern im Grundgesetz garantiert ist, haben die Fraktionen der CSU und der FPD gestern eine Petition abgelehnt, die gefordert hatte, den Eltern in Absprache mit den Lehrkräften die Entscheidung zu überlassen, welche weiterführende Schule ihr Kind besucht.

Dies verwundert umso mehr, als der Kultusminister Spaenle stets behauptet, der Elternwille sei für den Übertritt ohnehin bereits maßgeblich.

Ulrike Köllner, Vorsitzende der Gymnasialeltern Bayern, moniert: Wir Eltern werden von Lehrkräften und Politikern verantwortlich gemacht, wenn es um die Beaufsichtigung von Hausaufgaben, den Lernerfolg, Prüfungsangst oder Unterrichtsstörungen geht. Dass wir für unsere Kinder den bestmöglichen Bildungserfolg wünschen wird Eltern ebenso vorgeworfen, wie anderen die mangelnde Anteilnahme am schulischen Erfolg. Aber wir dürfen nicht entscheiden, welche weiterführende Schule unser Kind besucht!

Dies ist eine unerträgliche Bevormundung, die zudem völlig anachronistisch und in elf von sechzehn Bundesländern bereits abgeschafft ist.

Wir fordern, dass künftig Eltern ihr Erziehungsrecht wahrnehmen und nach Beratung durch die Lehrkräfte entscheiden dürfen, welche weiterführende Schule ihr Kind besucht.

Die Petition des Forums Bildungspolitik, in dem 44 Organisationen zusammenarbeiten, die über zwei Millionen bayerischer Bürgerinnen und Bürger vertreten, finden Sie unter:

www.forum-bildungspolitik.de/download/Pet_11_10_10_Freie%20Schulwahl.pdf.